

DIE DEUTSCHE ZUKUNFT

Nordwestdeutscher Zeitungs- u. Zeitschriftenverlag GmbH, Düsseldorf, Worringer Str. 70, Tel. 2 89 51/53, Postcheckk. Essen 89 58. „Die deutsche Zukunft“ erscheint jed. Donnerstag m. Hauptausg. u. Bez.-Ausg. Dortmund. Bez.-Preis mit l. 69 DM einw. Postzustellgeb. u. B.

POLITISCHE WOCHENZEITUNG

Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei Vorliegen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Manuskripte werden auf zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. Postverlagsort Essen.

6. Jahrgang / Nr. 12 / Einzelpreis 40 Pfennig

Düsseldorf / Donnerstag, 28. März 1957

100 Mark verdient, 47 Mark nimmt der Staat

Bonn trügerisches Wohlstandsbild - Der drohende Staatssozialismus

Wahlen stehen vor der Tür, und CDU wie SPD übertreiben sich in Forderungen und Versprechungen. Die Rentenreform beweist das. CDU und SPD kämpfen nicht Seite an Seite. Es war noch schlimmer: Die eine Partei steigerte die andere in die Wahlmilliarden hinein. Die Wahlparolen beider sind auf das - leider vorhandene - Bequemlichkeitsdenken abgestellt.

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Döring, faßte diese Parolen wie folgt zusammen:
„Wer uns wählt, wählt den Wohlstand! Wer uns wählt, wählt die Sicherheit! Wer uns wählt, wählt Stabilität! Und keiner hat den Mut, zu sagen, daß es Wohlstand, Sicherheit und Stabilität nur in einem wieder-vereinigten Deutschland geben kann und geben wird.“

In einem Augenblick, wo die Bundesrepublik drauf und dran ist, ihr Parade-stück, die freie Wirtschaftspolitik, auf

Bei einer Meinungsforschung wurde die Frage gestellt: „Was ist Ihnen lieber, höhere Löhne oder stabile Preise?“ Wie aus der Pistole geschossen antworteten 87 Prozent: „Stabile Preise.“ Es war Altministerpräsident Dr. Reinhold Maier, FDP-Bundesvorsitzender, der in Köln mit dieser Gegenüberstellung die Kernfrage unserer Tage anschnitt. Die Preise laufen davon, und allen Bonner rechnerischen Zaubertricks zum Trotz geht die Haushaltsrechnung nicht mehr auf. Dr. Reinhold Maier sprach auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP, der ein erneutes Bekenntnis der Freien Demokraten zur Unabhängigkeit gegenüber CDU wie SPD ablegte. Eine direkte oder indirekte Diktatur einer dieser beiden großen Parteien könne nur durch die FDP verhindert werden.

dem Umweg über die Sozialpolitik zu erschlagen, ist es unpopulär, gegen die Bewilligung neuer Lohn- und Gehalts-erhöhungen zu sprechen. Die Maßlosigkeit in der sozialpolitischen Bundesgesetzgebung oben trifft auf die Maßlosigkeit der Forderungen von unten. Die Zeche - der Wert der Mark sinkt - zahlt das Volk. Denn jede Geldentwertung spielt sich in allererster Linie auf dem Rücken der kleinen Leute ab.

Deswegen ist es notwendig, offen auf-zuzugehen, wer für eine Entwicklung ver-antwortlich ist, von der Bundeswirt-schaftsminister Dr. Erhard kürzlich sagte, sie sei ins Schlimmere geraten. Verantwortlich ist die Bundesregierung. Mit den Worten des nordrhein-west-fälischen Finanzministers kann man dem Bundeswirtschaftsminister zurufen, daß seine lauten Parolen in der Öffent-lichkeit nur dann einen Zweck haben, wenn er sich zunächst einmal im Kabi-net mit seinen Thesen durchsetzt. Not-wendig ist es auch, die Kräfte zu stützen, die sich gegen das Bequemlich-keitsdenken wenden, die dafür sorgen, daß in die bundesdeutsche Trägheits-stimmung immer wieder geistige Unru-hineingetragen wird - nicht nur in der Frage der Rentenversicherung. MdB Mende, stellvertretender Bundes-vorsitzender der FDP, versprach jeden-falls für seine Partei: „Wir werden weiter allen auf die Nerven fallen, die sich in Bonn wohler fühlen als in Berlin.“

Dr. Maier betonte in Köln zum Thema Staat und Wirtschaft:

● In der Wirtschaft gibt es entweder einen Staat oder keine Wirtschaft.

● Die freie Wirtschaft - immer wieder mußten wir ihre freie Bahn schaffen - war erfolg-reich, nicht weil sie von oben verordnet, sondern in einer Kraftanstrengung des ganzen Volkes von unten her gemacht worden ist.

● Aus dieser Erfahrung ist eine Lehre zu ziehen: Wir brauchen bedeutend weniger Staat als wir uns immer einbilden. Leicht-fertig wird dagegen durch eine sich in un-mittelbarer Zukunft abzeichnende Tendenz immer wieder findende Parlamentarität verstoßen.

● In raschem Lauf geht es auf immer mehr Staat zu. Nochmal eine Legislaturperiode wie diese, und wir stehen ohne sichtbare sozia-listische Herrschaftsform im vollsozialisierten Massenstaat.

● „Zig Milliarden sind für Renten und Ren-ter freigegeben“, meint die größte Partei. Aber jedermann weiß, daß die Mittel für die Beträge effektiv nur für kurze Zeit zur Ver-fügung stehen, vielleicht bis knapp nach der Wahl.

● Das unsozialistische Verhalten jeder Bet-rag dar, der einen weiteren Geldentwertungs-vorgang auslöst.

● Der Bundeswirtschaftsminister soll beschei-den und schlicht an das Werk gehen, die Geldausgabewohlfahrt seiner CDU/CSU stop-pen, noch besser, sie rückgängig machen. Dann ist schon viel geholfen. Der sympathische große Liberale braucht nur der kollektiven Tendenz in seiner Fraktion den Garau zu bereiten.

● Diese kollektiven Kräfte, die eine mittel-standsfreundliche Mehrheit im Bundestag verhandeln, stören dauernd die freihandeli-chen Wirtschaft und Sozialpolitik. Aus dieser Ecke kommt, wenn sie kommt, die schwarz-rote Koalition des neuen Bundestages. Diese ist schon sehr eingetütelt. Sie ist aktueller als jede andere.

Wohlstand und Wohlfahrt gedeihen am besten, wenn jeder einzelne sich frei entwickeln kann. Der Wohlfahrts-staat aber ist ein Armutsstaat. In ihm werden die Nehmenden, die Inaktiven zu Lasten der Aktiven. Die Tendenz zu einem Staatssozialismus dieser Art hat letzthin gewaltige Fortschritte gemacht.

Von jeweils 100 DM verdientem Geld behält der bundesrepublikanische Bür-ger ganze 53 DM für sich. 47 DM gibt er ab. Er gibt sie ab für Steuern und Sozialversicherung. Will aber der Staatsbürger mit diesen seinen 53 DM etwas für sich unterneh-men, so stößt er an eine Mauer von Vorschriften und Gesetzen, an Türme von Behörden, an Berge von Paragra-phen. Diese Schwierigkeiten gefährden den liberalen und demokratischen Staat und verführen zu einem Liebling mit dem Autoritätsstaat. Die Herrschaft einer einzigen Partei hat diese Ent-wicklung mächtig vorangetrieben.

Nordrhein-Westfalens stellvertre-nder Ministerpräsident und Finanzmini-



Leicht verschupft sieht man hier Präsident Eisenhower mit Englands Ministerpräsidenten Harold Macmillan in Hamilton auf den Bermudas. Aber die diplomatische Verschuppung ist dahin - wenigstens kann das aus dem Erfolg geschlossen werden, der die amerikanisch-eng-

lischen Besprechungen abgeschlossen hat. Es ist eine Annäherung in der Nahostfrage gefunden worden, und die USA stellen den Engländern ihre Raketenwaffen zur Verfügung. Die bedrohte Einigkeit des Westens scheint wiederhergestellt zu sein.

ster, FDP-Landesvorsitzender Willi Weyer, forderte in Köln, sich endlich wieder auf die eigene Kraft zu besinnen und sich nicht immer nur auf den Staat zu verlassen:

„Alles, was durch den einzelnen, die Familie oder die Selbstverwaltung getan werden kann, ist nicht Angelegenheit des Staates. Wir befinden uns in einer Geistesverwirrung, ohne es selbst noch zu merken. Alles wird perfektioniert, jeder Bereich menschlichen Tuns registriert, analysiert, statistisch erfaßt und ausgewertet... Im übrigen ist im End-ergebnis jede Steuererhöhung besser als die Lohn- und Gehaltserhöhung, weil dieser unmittelbar wieder die Preiserhöhung auf dem Fuße folgt... Aber zugunsten bestimmter Gruppen werden „gezielte“ Steuermaßnahmen durchgeführt, wodurch die Tarifsenkung für alle um weitere Monate, ja Jahre, hinausgeschoben wird.“

Wie man der Wiedervereinigung nicht mit Carepaketen und mit berufsmäßig organisierten Luftballonaktionen näher-kommt, so ist es ein Unsinn, zu glauben, daß die breiten Massen nichts von freihandeli-chen Prinzipien wissen wollen. Die deutsche Öffentlichkeit ist gut beraten, wenn sie sich nicht, wie MdB Wolfgang Döring es formulierte, durch Pseudo-Wohlfahrtsparolen, Pseudo-Sicherheitsgarantien oder durch ein trügerisches Stabilitätsideal ihrem Machtkonzentrationen und Interessen-verflechtungen verleiht läßt.

Europa mit großem „E“

Von MATHIAS ZELLER

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ einem Ganzen dich an!“

Goethes berühmter Spruch ist den Bonner und Pankower Integrations-politikern, die sich so dienstbefissen ausländischen „größeren Kombinationen“ unterordnen, wie auf den Leib geschnitten. Der Bereitwilligkeit, sich als „dienendes Glied einem Ganzen anzuschließen“, muß aber nach des Weimarer Dichterstürmen eig. Worten der Versuch vorausgesetzt werden: „Über ein Ganzes zu werden.“ Und Pflicht zu jedem Versuch kann niemand ablegen. Wir haben noch genug „ganzes“ Männer, um auf ein „ganzes“ Deutschland, unser Erdteil hat noch genügend inneren Zusammenhalt, um auf ein „ganzes“ Europa hoffen zu dürfen.

Die Brüsseler Verträge über den Europamarkt und das Euratom, die Anfang dieser Woche von den Regierun-gen der sechs Montanunionländer in Rom unterzeichnet wurden und jetzt den Parlamenten zur Ratifizierung zu-gehen, können uns daher nur zur Hälfte befriedigen. Sie werden nicht dazu beitragen, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überbrücken, sondern sie nur noch mehr vertiefen.

Bonn wird nicht müde, zu erklären, die unbestreitbar großen wirtschaftli-chen Schönheitsfehler der Brüsseler Verträge müßten ihrer politischen Vor-teile wegen in Kauf genommen werden.

Wenn der Gemeinsame Europäische Markt oder, wie man seit neuestem sagt, die „Europäische Wirtschaftsunion“, zu einer Ausöhnung des deutschen und französischen Volkes beisteuern kann, wäre tatsächlich kein finanzielles Opfer zu hoch. In dem engen Rahmen der sechs Länder stehen sich aber Deutsch-land und Frankreich als hauptsächlichste Wettbewerber gegenüber. Und da sich trotz aller privilegierten Schutz-bestimmungen gewisse Standortver-lagerungen und Stilllegungen auch in Frank-reich nicht ganz vermeiden lassen wer-den, könnte sehr wohl das Gegenteil der erhofften psychologischen Wirkung eintreten und der Unwillen der be-trüfften französischen Betriebe und Produktionszweige ausschließlich in einen Unwillen gegen Deutschland um-schlagen.

Die sechs Länder der „Europäischen Wirtschaftsunion“ werden sich von den elf anderen Ländern des Europäischen Wirtschaftsraumes, praktisch also vom übrigen Europa westlich des Eisernen Vorhangs, abkapseln. Es liegt auf der

Hand, daß das Verhältnis der Bundes-republik zu diesen 11 Ländern dadurch nicht enger wird.

Großbritannien, das schon in Ver-handlungen über seinen Beitritt zum Gemeinsamen Markt stand, ist darüber befremdet, daß die Regierungen der sechs Länder auf der Brüsseler Konfe-renz eine „vollendete Tatsache“ ge-schaffen haben. Bei aller Sympathie für die westeuropäischen Einigungsbestre-bungen haben Eisenhower und Macmil-lan auf den Bermudas keinen Zweifel darüber gelassen, daß die in Brüssel beschlossene Wirtschaftsunion zu neuen Blockbildungen mit neuen Zoll-mauern führen darf.

Daß die enge Verbindung mit der französischen Kolonialpolitik in Nord-afrika unseren Beziehungen zu den Völ-ker der Bandungfront nicht förderlich sein kann, sieht ein Bildner; mit dem Beitritt zur Europäischen Wirtschafts-union verlieren wir auch das Recht zur Verlängerung bzw. zum Abschluß neuer Handelsverträge, was besonders unsere süd- und mittelamerikanischen Wirt-schaftspartner bedauern werden.

Der in letzter Stunde gemachte sowjetische Vorschlag zu einer „pan-europäischen“ Wirtschaftsgemeinschaft möchte nur ein Störfeuer sein; noch wenige Tage zuvor hatte die Moskauer „Pravda“ den Belgrader Vorschlag, das sozialistische und kapitalistische Wirt-schaftssystem auf Weltbeine zu ver-schmelzen, heftig angegriffen. Wir haben aber die Erfahrung machen müs-sen, daß Moskau jeden weiteren An-schluß der Bundesrepublik an West-europa mit einer weiteren Abschneidung der Sowjetzone von der Bundesrepublik beantwortet.

Ob wir den Blick nach dem Westen oder dem Osten, nach dem Norden oder dem Süden der Welt richten: die wirt-schaftlichen Nachteile des Gemeinsamen Europäischen Marktes werden in seiner vorliegenden Form durch keine poli-tischen Vorteile wettgemacht.

Die Europabegeisterung, die nach dem deutschen Zusammenbruch von 1945 aufkam, und die man 10 Jahre später auf der Konferenz von Messina neu zu beleben suchte, wählte sich den Anfangsbuchstaben unseres alten Erd-teils zum Symbol. Aber selbst sie schrieb Europa nicht mit einem kleinen, sondern mit einem großen „E“ auf ihre Fahnen.

Das „Europa der Sechs“ darf nicht den Weg zum „Europa der Siebzehn“, Brüssel darf Deutschland nicht den Weg nach Berlin versperren.

Keine Rechtfertigung Edens

Die Konferenz auf den Bermudas - Nahost- und Umrüstungsfragen

Eisenhower und Macmillan sind sich auf den Bermudas darüber einig ge-worden, in Fragen der aktuellen Tages-politik des Nahen Ostens weiter ver-trauensvoll zusammenzuarbeiten. Dazu gehören die Grenzsicherung am Gaza-Streifen, die Wahrung der freien Durch-fahrt durch den Golf von Akaba und Verkehrs- und Gebührenregelung für den Suezkanal. Eine praktische Anwen-dung der Eisenhower-Doktrin soll offenbar sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht bis nach der befriedigenden Erledigung dieser Fragen zurückgestellt werden. Die angloamerikanische Presse ver-zeichnet einerseits mit Genugtuung, daß Präsident Eisenhower sich ungeduldig als bisher über die Taktik Nassers und die diplomatischen Erfolge des General-

sekretärs der UNO geäußert haben soll. Andererseits müssen sie sich aber da-mit abfinden, daß von einer „moralis-chen Rechtfertigung der Politik Edens“ nicht die Rede sein kann.

Über die Koordinierung der Um-rüstung der USA und Englands wird die breitere Öffentlichkeit auch nach der Konferenz keine Einzelheiten erfahren. Insbesondere die amerikanische Dele-gation hatte fast alle führenden Atom-chemiker und Atomphysiker mit-gebracht, um die Engländer davon zu überzeugen, daß eine eigene britische Atomwaffenentwicklung ein wirt-schaftlich ruinöses Experiment sei, das sich ein Land wie Großbritannien, das stän-dig amerikanische Devisenkredite in Anspruch nehmen müsse, um das Pfund zu stützen, einfach nicht leisten könne.

Faktor

S. Z. „Tüchtiges leisten hält auf die Dauer kein Gegner aus.“ Unter diesem Motto stand der Landes-parteitag der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten am ver-gangenen Wochenende in Köln. Die ganze Prominenz der Bundespartei, fast sämtliche Landesverbände der FDP, an der Spitze Heinrich Schnei-der von der Saar, die Arbeitgeber-verbände und die Gewerkschaften und schließlich die Botschafter der drei Westmächte und der Sowjet-union waren vertreten. Dazu Presse und Rundfunk aus dem In- und Ausland.

Der Wunsch, als dritte entschei-dende Kraft neben CDU und SPD in der Bundespolitik gewertet zu werden, zog sich wie ein roter Faden durch alle Reden und Diskussions-beiträge. Dem objektiven Beobach-ter erschien das nicht einmal beson-ders erforderlich. Es ist mit den Händen zu greifen: die dritte Kraft ist da. Die FDP ist ein Faktor, mit dem man in Zukunft mehr als bis-her wird rechnen müssen.

Von dem „Links-Drill“ der sei-nerzeit als „Nationalisten“ und „Quasi-Neofaschisten“ verschrien jungen Männer aus Düsseldorf war nichts zu spüren. Es wurden kräftig Hiebe nach zwei Seiten ausgeübt. Ein Beobachter meinte, nach dem alten System „zwei rechts und zwei links“. Allerdings in umgekehrter Reihenfolge: zwei gegen die SPD und zwei gegen die CDU.

Das ständige Ratschlagen, mit wem wohl die Freien Demokraten nach der nächsten Bundestagswahl zu-sammengehen würden, dürfte nun verstummen. Willi Weyer, Erich Mende und Wolfgang Döring waren die eigentlichen Akteure. Sie machten die Aussage Heinrich Schneiders deutlich: Tote Fische schwimmen mit dem Strom, lebendige gegen ihn. Reinhold Maier, der mutige Worte zur Wirtschafts- und Sozial-politik der Bundesregierung fand, sagte in Köln: „Wir stellen uns auf uns selbst, nicht neben jemand und nicht hinter jemand!“ Und im Hin-blick auf den kommenden Wahl-kampf fügte er hinzu: „Wir werden nicht im Gewand eines Friedens-engels mit Palmzweig, Weihrauch und Myrrhe einhergehen.“ Man darf es ihm getrost abnehmen.

Die fremden Truppen

Eine Umfrage, ob das Benehmen der ausländischen Truppen als gut zu be-zeichnen sei, hat in Südwestdeutsch-land und Nordrhein-Westfalen statt-gefunden. Im französischen Besatzungs-gebiet wurde diese Frage von nur 10 Prozent der Befragten bejaht, während für Engländer und Amerikaner dieser Satz auf 26 bzw. 27 Prozent anstieg.

Bei einer ähnlichen Befragung im Jahre 1951 bezeichneten 61 Prozent der Antworten das Benehmen der eng-lischen Soldaten als gut, 58 Prozent sprachen sich anerkennend über die Amerikaner und 55 Prozent ebenso über die Franzosen aus.

Labour legt die Suezrechnung vor

Politischer Hintergrund der Streikwelle - „Regierung aus dem Sattel heben“

Der Streik in England hat ernste politische Hintergründe. Als nach dem Abzug des Suezabenteuers das Schat-tenkabinett der Arbeiterpartei darüber beriet, wann und wie man die konser-vative Regierung zwingen werde, Neu-wahlen anzuberaumen, bekämpfte der rührige Agitator der Partei, Bevan, alle Vorschläge, im Unterhaus zu einer Obstruktion überzugehen, die die pa-rlamentarische Arbeit lahmlegen würde. Dieser helle Kopf betonte damals: Macht das Parlament es wie das liebe Brot, wenn wir selbst zur Macht gelan-gen. Die Regierung können wir jeden Tag mit großen Streiks aus dem Sattel heben.

Und damit hatte Bevan angesichts der trostlosen Devisenlage Englands nur allzu recht. Eine Unterbrechung des britischen Exports und die Lahmlegung der Werften bedeuten im Grunde eine innere Blockade Englands. Wenn die Devisen ausbleiben, bleiben auch die unentbehrlichen ausländischen Lebens-mittel- und Rohstoffzufuhren aus. Ein Drittel der in England verzehrten Le-bensmittel und 60 Prozent der in Eng-land verbrauchten Rohstoffe kommen aus dem Ausland, vorwiegend aus Ländern mit harter Währung. Die eng-lische Ernte, die sehr schlecht war, ist aufgefressen, Rohstoffvorräte sind wäh-rend der Suezkrise und der Sperrung des Kanals aufgebraucht worden.

England ist mithin heute im Frühjahr 1957 anfälliger für Kampfmaßnahmen, als je zuvor seit Beendigung des zweiten Weltkrieges. Die 500 Millionen Dollar, die die Vereinigten Staaten London gepumpt haben, und die Devisenkredite, die die Bank von Eng-land demnächst auf Grund des deutsch-englischen Abkommens über die Stationierungskosten von der Bank Deut-scher Länder zu erhalten hofft, sind nur Tropfen auf den heißen Stein, die eine Störung des englischen Exports und der Dienstleistungen in und für die Schifffahrt nur auf Tage, kaum auf Wochen ausgleichen können.

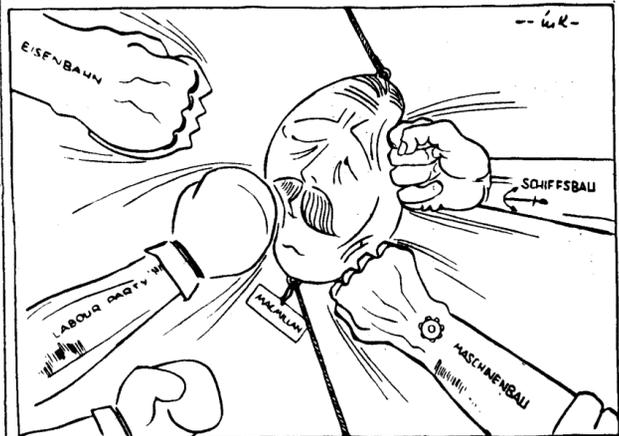
Die konservativen Minister reisen daher im Lande umher und versichern auf Versammlungen, denen die Arbeit-

erschaft fern bleibt, daß Streiks nur den Konkurrenten Großbritannien, den Deutschen, Japanern, Italienern, den Schweden und Belgiern, zugute kommen werden. Den Arbeitern ist dieser Gedankengang denkbar gleich-gültig. Sie wollen ihrer Partei wieder zur Macht verhelfen.

In den letzten Wochen hat sich nun etwas in England abgespielt, was der Aufmerksamkeit der weiteren euro-päischen Öffentlichkeit entgangen ist. In acht Wahlkreisen des Unterhauses fanden Nachwahlen statt, bei denen die Regierung nicht nur etliche Man-date verloren hat; sie erbrachten auch den Beweis, daß Wahlkreise, die zum eisernen Besitzstand der Konservativen zu gehören schienen, nur knapp be-hauptet werden konnten Auch dort, wo man im konservativen Lager wenig Pessimismus zeigt, befürchtet man eine

Umwandlung der gegenwärtigen kon-servativen Mehrheit von 60 Mandaten in eine Minderheit von 100 Mandaten in einem Unterhaus von 630 Mitglie-dern, wenn demnächst gewählt werden müßte.

Die Streiks und die Art, wie die Forderungen vorgetragen wurden, lassen erkennen, daß man das Ziel ver-folgt, den schleichenden Devisenbank-rott Englands offenbar werden zu las-sen. Sobald er einen kritischen Höhe-punkt erreicht hat, würde die konser-vative Regierung im Unterhaus genötigt sein, zugunsten einer geschäftsführen-den Regierung - eventuell eines Koalitionskabinetts wie in der Wirt-schaftskrise von 1931 - zurückzutreten. Macmillans Nachfolger müßte dann auflösen lassen, und Neuwahlen wür-den über die zukünftige politische Regierungsfarbe zu entscheiden haben.



Zerreißprobe
Macmillan: „Welch Glück, daß ich auf den Bermudas bin!“